

# PLENUM 2024



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Neues Gesetz stärkt die Medizinforschung

### CARSTEN TRÄGER:

Drei Jahre Ampelkoalition – eine Zwischenbilanz

### JAN PLOBNER:

Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren

### GABRIELA HEINRICH:

Vertiefte Zusammenarbeit mit dem Indopazifik

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Reformen bei Petitionen laufen an

## Neues Gesetz stärkt die Medizinforschung erheblich

Deutschland ist in der Medizinforschung einer der führenden Innovationsstandorte in der Welt. Diese Erfolgsgeschichte umfasst tausende Entwicklungen und reicht vom ersten Röntgenapparat bis zur Erfindung von mRNA-Impfstoffen gegen Covid-19 und weit darüber hinaus.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass Deutschland in den letzten Jahren als Forschungsstandort im internationalen Vergleich an Attraktivität verloren hat. Gründe dafür waren zu komplexe und langwierige Prozesse und teils hohe bürokratische Hürden.

Um dieses Problem zu lösen, hat die Ampelkoalition in der letzten Woche ein neues Medizinforschungsgesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz sollen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Zulassung und Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten verbessert werden. Klinische Prüfungen und das Zulassungsverfahren von Arzneimitteln und Medizinprodukten sollen vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt werden.

Dies stärkt nicht nur den Forschungsstandort, sondern fördert auch Wachstum und Beschäftigung. Zudem profitieren die Patientinnen und Patienten in Deutschland direkt von den neuen Therapien. Selten hat ein Gesetz – abgesehen von wenigen Ausnahmen – eine so breite Zustimmung in der Fachwelt erfahren.

Konkret machen wir den Weg frei für spezialisierte Ethikkommissionen und verkürzen die Vorlaufzeit für klinische Studien durch die Veröffentlichung von Mustervertragsklauseln. Wir entwirren die Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Behörden und vereinfachen so die Arzneimittelzulassung. Darüber hinaus werden die Genehmigungs- und Anzeigeverfahren beim Strahlenschutz verzahnt und so die Verfahrensdauer verkürzt.

Durch intensive Gespräche mit allen Beteiligten während des parlamentarischen Prozesses haben wir das Gesetz so ausgestaltet, dass es die echten Probleme der Industrie und der Forschenden in Deutschland zielgenau angeht. Besonders wichtig war uns in diesem Zusammenhang, dass wir uns nicht auf den Bereich Pharma

beschränken, sondern die Medizintechnikbranche mitdenken. Deutschland hat eben nicht nur eine starke Arzneimittelindustrie, sondern ist auch ein Land der Medizintechnologie.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir zudem darauf bestanden, dass auch Kinderstudien besser gefördert werden. Hier hatten wir in Deutschland in den letzten Jahren Defizite. Kranke Kinder haben hierzulande zu wenig von entsprechenden Studien profitieren können. Durch den Ausbau der Expertise und Spezialisierung der Ethik-Kommissionen der Länder, die künftig Kinderstudien betreuen, sowie durch die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für dezentralisierte Studien schaffen wir nun die Voraussetzungen, dass wieder mehr Studien mit Kindern in Deutschland stattfinden.



**Zufrieden mit dem neuen Gesetz: Martina Stamm-Fibich sieht erhebliche Verbesserungen für die Medizinforschung und den Standort Deutschland**  
Foto: Juliane Sonntag/DBT



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Drei Jahre Ampelregierung – eine Zwischenbilanz

Mit der parlamentarischen Sommerpause schließen wir die ersten drei Jahre der aktuellen Legislaturperiode ab. Ab September bleibt dann noch ein Jahr bis zur Bundestagswahl. Wie sieht die Bilanz der SPD-geführten Ampelregierung aus?

Im November 2021 unterschrieben die Spitzen von SPD, Grünen und FDP den Koalitionsvertrag. Schon wenige Monate später führte der Überfall Putins auf die Ukraine zu einer politischen Zeitenwende mit neuen, unvorhergesehen Herausforderungen. Was hat die Koalition in den vergangenen drei Jahren erreicht?

**Die Ampelkoalition hat die Herausforderungen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine gut bewältigt.** Einen Einbruch der deutschen Wirtschaftsleistung bis zu 12,7 Prozent sagten Experten und Verbände bei einem Ende der russischen Gaslieferungen voraus. Große Medien warnten vor einem Winter, in dem wegen leerer Gasspeicher viele Bürgerinnen und Bürger frieren und unsere Unternehmen die Produktion einstellen müssten. All das hat die Bundesregierung verhindert. Trotzdem hatte der russische Wirtschaftskrieg, der die Unterstützung für die Ukraine untergraben sollte, Folgen. Die Inflation stieg stark, das Wirtschaftswachstum wurde gedämpft. Die Bundesregierung hat deshalb Entlastungspakete über rund 100 Milliarden Euro umgesetzt, inklusive Strom- und Gaspreisbremsen. Die Inflation ist mit 2,2 Prozent jetzt wieder nahe der Zielmarke. Mit dem Wachstumschancengesetz wurde die Wirtschaft um 3,2 Milliarden Euro entlastet. Ein umfassendes Entbürokratisierungspaket bringt weitere 3 Milliarden

Euro Entlastung – für einen starken Standort Deutschland.

**Mit der Ausweitung des Wohngelds und der Einführung des Bürgergelds hat die Ampelkoalition die größten Sozialreformen der letzten Jahrzehnte umgesetzt.** Das Kindergeld wurde deutlich erhöht und mit dem Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen ergänzt. Der Mindestlohn wurde auf 12 Euro erhöht, mit dem Rückgang der Inflation steigen auch die Löhne allgemein wieder. Die Renten stiegen 2023 und 2024 in Rekordhöhe und sind nun in West- und Ostdeutschland gleich hoch. In den schwierigen Haushaltsverhandlungen haben wir durchgesetzt, dass der Sozialstaat stark und verlässlich bleibt.

**Deutschland ist mit Abstand der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine, in Europa der größte.** Mit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr haben wir nach Jahren der Vernachlässigung durch CSU/CDU-Minister die dringend nötige Erüchtigung der Bundeswehr angepackt und investieren angesichts der neuen Sicherheitslage zwei Prozent des BIP in unsere Verteidigungsfähigkeit.

**Im Bereich der Erneuerbaren Energien haben wir die Blockade der Union überwunden und einen Rekordausbau in Gang gesetzt.** Im ersten Quar-

tal 2024 stammten 58,4 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien – ein Rekordwert. Die Strompreise sind für Neukunden inzwischen wieder auf den Stand von deutlich vor dem russischen Überfall auf die Ukraine gesunken – obwohl wir den Atomausstieg vollendet haben.

**Und trotz der großen, unvorhergesehen Herausforderungen hat die Ampelkoalition gleichzeitig 64 Prozent der über 450 Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen.** Es gibt eine Ausbildungsgarantie, das Startchancenprogramm für Schulen, eine nationale Sicherheitsstrategie, ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz, eine Wahlrechtsreform, eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die Krankenhausreform schreitet voran, das Informieren über Schwangerschaftsabbrüche und der Cannabiskonsum sind nicht mehr strafbar, wir reformieren und erhöhen das BAföG, haben das Gute-KiTa-Gesetz weiterentwickelt, das Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet – und vieles, vieles mehr.

Natürlich gibt es trotzdem noch vieles anzupacken. Doch die Bilanz kann sich sehen lassen. Die Ampelkoalition hat vieles vorgebracht und vielen Menschen geholfen. Das werden wir auch weiter tun und unsere Erfolge noch deutlicher herausstellen.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ [jan.plobner@bundestag.de](mailto:jan.plobner@bundestag.de)

☎ 030 - 227 71 577

🌐 [www.jan-plobner.de](http://www.jan-plobner.de)

📘 [facebook.com/janplobner.5](https://facebook.com/janplobner.5)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren

**Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für neue Wege in der Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein. In einem Positionspapier fordern wir die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu stärken.**

Frauen haben ein fundamentales Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Sie müssen frei über ihren Körper, ihre Familienplanung und ihr Sexualleben entscheiden können. Es ist unser Ziel, dieses Recht konsequent zu stärken. Die derzeitige Rechtslage stellt Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, und auch die behandelnden Ärztinnen und Ärzte unter einen Generalverdacht und kriminalisiert sie. Sie bleiben zwar bei Befolgung enger Vorgaben und nach erhaltener Beratung straffrei, verstoßen aber rechtswidrig gegen ein strafrechtliches Verbot.

Wir setzen uns für eine alternative Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafgesetzbuchs ein, die ein besseres Schutzkonzept für das ungeborene Leben integriert. Die aktuelle Regelung greift tief in das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Frau ein. Internationale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation und die Vereinten Nationen betrachten den Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen als

grundlegendes Menschenrecht. Nur durch eine vollständige Entkriminalisierung können wir dieser menschenrechtlichen Verpflichtung gerecht werden.

Ungewollt schwangere Frauen stoßen in Deutschland auf erhebliche Hindernisse beim Zugang zu Informationen und medizinischer Versorgung. In vielen Regionen gibt es keine angemessenen und wohnortnahen Angebote. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, nimmt seit Jahren ab. Hier müssen wir handeln und sicherstellen, dass Frauen überall die notwendige medizinische Unterstützung erhalten.

Außerdem ist eine gute, umfassende und unabhängige Beratung entscheidend. Wir wollen die aktuelle Beratungspflicht durch einen Rechtsanspruch auf Beratung ersetzen. Frauen sollen Zugang zu verlässlichen Informationen und psychosozialer Unterstützung haben, um ihre Entscheidungen frei und gut informiert treffen zu können. Dabei spielt auch die Verbesserung der Lebensbedingungen eine zentrale Rolle – durch bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung und bessere Unterstützung für Familien.

Wir wollen klare gesetzliche Voraussetzungen für Schwangerschaftsabbrüche schaffen. Diese sollen zumindest in der Frühphase - idealerweise bis zur eigenständigen Überlebens-

fähigkeit des Fötus außerhalb des Uterus - fernab vom Strafrecht geregelt werden. Auch nach medizinischer oder kriminologischer Indikation soll ein Abbruch möglich bleiben, jedoch klar gesetzlich verankert sein. Die notwendigen Rahmenbedingungen müssen durch strafrechtliche Sanktionen für unrechtmäßige Abbrüche flankiert werden.

Es ist unerlässlich, dass Schwangerschaftsabbrüche kostendeckend durch die Krankenkassen finanziert und Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbrüche besser in die medizinische Aus- und Weiterbildung integriert werden. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Betroffenen die bestmögliche medizinische Betreuung erhalten.

Die Stigmatisierung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, muss aufhören. Gehsteigbelästigungen vor Beratungsstellen und Arztpraxen müssen unterbunden und als Ordnungswidrigkeit sanktioniert werden. Die Streichung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche war ein wichtiger Schritt, aber wir müssen noch weiter gehen und gegen irreführende Informationen und Angebote vorgehen. Die SPD wird entschlossen kämpfen, dass Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert werden! [Das gesamte Positionspapier dazu findet Ihr hier.](#)



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Vertiefte Zusammenarbeit mit dem Indopazifik

In der Region grob von Indien bis Neuseeland gibt es nichts, was es nicht gibt: Von Wertepartnern wie Japan, Australien und Neuseeland bis hin zu schwierigen Ländern, an denen man nicht vorbeikommt. Stichwort China. In einem Antrag fordern wir die Bundesregierung zu einer vertieften Zusammenarbeit mit dieser Region auf.

Gemeint sind mit „Indopazifik“ alle Länder zwischen dem nördlichen Indischen Ozean bis zum westlichen Zentralpazifik. Diese Region ist schon wegen ihrer geographischen Größe von Bedeutung. Aber es ist auch die bevölkerungsreichste Region der Welt. Drei der größten Volkswirtschaften der Erde – China, Indien und Japan – liegen dort. Kein Wunder, dass mehr als ein Drittel des außereuropäischen Warenhandels von Deutschland auf diese Region entfällt.

Die Ampelfraktionen haben in der letzten Sitzungswoche des Bundestages vor der Parlamentarischen Sommerpause den umfassenden Antrag „Vertiefte Zusammenarbeit mit den Partnern des Indopazifiks zur Lösung globaler Herausforderungen“ in den Bundestag eingebracht. Darin fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern Dialog und Zusammenarbeit mit den Ländern des Indopazifiks weiter auszubauen. Gerade für Deutschland als exportorientierte Nation kann eine solche vertiefte Kooperation nur Vorteile haben.

## Was steht drin im Antrag?

Etwas vereinfacht fordert der Antrag zunächst mehr politische, wirtschaftliche und kulturelle Partnerschaften mit den Ländern des Indopazifiks. Insbesondere gelte es, die Zusammenarbeit in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Klimaschutz, Handel und Digitalisierung zu stärken. Damit soll auch der regelba-

**„Trotz, wegen und mit China: Kooperation mit der gesamten Region“**

sierte Freihandel auf der Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards gestärkt werden. Die Ampelfraktionen fordern auch, Verhandlungen über Handelsabkommen mit zum Beispiel Indien, den Philippinen, Australien und weiteren ASEAN-Staaten zu beginnen oder zum Abschluss zu bringen.

Natürlich nimmt der Antrag Bezug auf

andere Strategien der Bundesregierung – allen voran die Sicherheitsstrategie und die China-Strategie. Womit wir schon wieder beim Thema China wären, aber wie schon gesagt, um China kommt man in der Politik nicht herum. China ist kein rosa Elefant im Antrag, sondern ein bewusst gesetzter Schwerpunkt.

Wir warnen vor einseitigen Änderungen des Status Quo in der Straße von Taiwan. Sicherheitspolitisch ist mit China durchaus ein Dialog möglich. Deswegen soll die Bundesregierung auch mit China Themen wie Rüstungskontrolle und Transparenz kontinuierlich ansprechen und gegebenenfalls ausbauen. Denn Dialog hilft, eine Eskalation um Taiwan zu vermeiden. Weitere Forderungen beziehen sich auf andere Konflikte in der Region, allen voran natürlich das aufgeladene Verhältnis von Nord- und Südkorea.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Klimawandel: In der Region befinden sich neben großen Verursachern auch 13 der 30 Länder, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Die Inselstaaten dort gehören zu den ersten Ländern, deren bloße Existenz durch die globale Erwärmung und als Folge durch das Ansteigen des Meeresspiegels bedroht ist. Vor diesem Hintergrund enthält der Antrag wichtige Forderungen, wie die Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Klimawandels intensiviert werden kann.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 774 22

🌐 [www.stamm-fibich.de](http://www.stamm-fibich.de)

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://facebook.com/martina.stammfibich)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Reformen laufen an

Ampel hat erste Impulse für ein verbessertes Petitionswesen angestoßen.

Insgesamt 11.410 Petitionen erreichten den Petitionsausschuss im Jahr 2023. Das sind rund 1800 Petitionen weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist ein Einpendeln der Petitionszahlen auf Normalniveau nach der Coronapandemie.

Das macht auch der besonders starke Rückgang an Gesundheitspetitionen deutlich (-43 Prozent). Bemerkenswert ist, dass es zwar weniger Petitionen gab, sich aber über 600.000 mehr Menschen als im Vorjahr mit ihren Unterschriften an Petitionen beteiligt haben (insgesamt 1,6 Millionen).

## Ampel stößt Reformprozess an

Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin interessiert an Politik sind und sich mit Petitionen einbringen wollen. Genau das wollen wir als Ampelfraktionen unterstützen. Des-



Die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich (r.) übergibt den Jahresbericht an die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.

halb haben wir nun die ersten Reformen des Petitionswesens seit 20 Jahren auf den Weg gebracht. In einem ersten Paket haben wir das für eine öffentliche Beratung einer Petition erforderliche Quorum auf 30.000 Unter-

schriften innerhalb von sechs Wochen abgesenkt (früher: 50.000 innerhalb von vier Wochen). Das wird es den Petentinnen und Petenten deutlich erleichtern, ihre Anliegen öffentlich dem Petitionsausschuss vorstellen zu können. Die CDU/CSU, die seit Jahrzehnten Reformen am Petitionswesen verhindern, haben auch diese Reform abgelehnt. Bürgernähe sieht für uns definitiv anders aus.

Doch dabei soll es in Zukunft nicht bleiben: Wir wollen Petitionen mit über 100.000 Unterschriften im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Dies soll der Petitionsausschuss vorschlagen können.

Die notwendigen Änderungen haben wir vergangene Woche erstmals im Plenum beraten. Es ist müßig zu erwähnen, dass die CDU/CSU auch dieses Vorhaben ablehnt.

# Zwei Schulklassen zu Besuch in Berlin

Zwei Klassen des Albert-Schweitzer-Gymnasiums aus Erlangen besuchten den Bundestag.

Im Gespräch beherrschten viele Fragen zu politischer Beteiligung, dem Rechtsruck in Deutschland und Europa und was man dagegen tun kann das Interesse der Schülerinnen und Schüler. Aber auch die Frage, warum sie bei der diesjährigen Europawahl abstimmen durften, bei der StUB-Ab-

stimmung aber nicht. Danach nahmen sie an einer denkwürdigen Plenarsitzung teil, die die AfD-Abgeordneten mal wieder mit extrem vielen Zwischenrufen störten.

